

Raj Kollmorgen
Hochschule Zittau/Görlitz
TRAWOS-Institut
E-Mail: r.kollmorgen@hszg.de

9. Konferenz des Demokratie-Zentrums Sachsen am 30.05.2024 in Dresden

6 Thesen zum Zustand, den Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven der Demokratie, insbesondere in Sachsen

These 1: Demokratische politische Systeme und darauf gründende Gesellschaftsordnungen sind fragile Gebilde und in ihrem Funktionieren höchst voraussetzungsvoll.

Die Annahme, Demokratien – einmal etabliert – trügen und stabilisierten sich gleichsam von selbst, ist (grund)falsch. Zwei Zusammenhänge plausibilisieren das exemplarisch: Erkennen demokratische Politiker*innen in den politischen Opponenten und Wettbewerbern um Regierungsmacht nur Feinde der Gesellschaft und Demokratie, kann eine demokratische Institutionenordnung so wenig funktionieren wie unter der Bedingung massiver, gesellschaftlich exkludierender sozialer Ungleichheit, insbesondere dann, wenn in der betreffenden Gesellschaft ein soziales Gleichheitsversprechen verankert wurde.

These 2: Die Weltgesellschaft und darin die Gesellschaft der Bundesrepublik befindet sich in einer Transformationsepoche.

Diese begann bereits vor etwa 30 Jahren, entfaltet aber erst jetzt ihre ganze Radikalität. Dabei reichen die Ursachen und Herausforderungen von den (eskalierenden) industrie-kapitalistischen Umweltzerstörungen (wie Klimawandel) und globalen sozialen Ungleichheiten über die demographischen Verwerfungen (Abwanderung, Alterung) bis zu den sozio-kulturellen Umwälzungen (Individualismus, Selbstverwirklichung, Partizipation u.a.).

These 3: Der Aufstieg demokratiekritischer und insbesondere rechts- und linkspopulistischer wie -extremistischer Ideologien, Bewegungen und politische Parteien sind Zeichen und Folge der sich beschleunigenden Transformationsperiode.

Sie reagieren einerseits auf das Aufbrechen von Traditionen, Routinen und Krisen und den daraus resultierenden Verunsicherungen oder sogar Ängsten. Andererseits bündeln und formieren sie die gewachsene Distanz, ja Entfremdung größerer Bevölkerungsteile gegenüber den herrschenden Institutionenordnungen und ihren Eliten sowie die (selbst machtorientierten) Versuche der Herstellung alternativer Ordnungen, die rasche, umfassende und eineindeutige Lösungen versprechen (vielfach unter Bezug auf tradierte Muster und Erfahrungen).

Dass es hier nicht um ein deutsches und schon gar nicht nur ostdeutsches Phänomen handelt, unterstreichen die Erfolge populistischer Bewegungen, Parteien und Führungsfiguren in fast allen Weltregionen und Staaten, nicht zuletzt im ‚Westen‘, zu denen auch demokratische Gesellschaften

mit einer langen Tradition gehören – von den USA bis zu den Niederlanden, von Schweden bis Frankreich.

These 4: Ostdeutschland und darin Sachsen repräsentieren gegenüber diesen Transformationen und Herausforderungen aus mehreren Gründen besondere Sozialräume mit spezifischen Ausprägungen und Eskalationspotentialen.

Das lässt sich nicht nur an den im Mittel aller Bundesländer doppelt so hohen Wahlergebnissen für die AfD im Osten in Relation zu den westdeutschen Ländern zeigen, sondern auch und nicht weniger dramatisch an der Verbreitung populistischer und extremistischer politischer Kulturmuster (von übersteigerten Erwartungen an die Regierungspolitik, Anti-Intellektualismus und Wissenschaftsfeindlichkeit über politische Wettbewerbs- und Partizipationskepsis sowie Lagerdenken bis zu Verschwörungs- und soziopolitischen Ausschlusszählungen). Diese Kulturmuster konzentrieren sich in den eher peripheren ländlichen Regionen (wie südlicher Spreewald, nördliches Anhalt, Lausitz oder Erzgebirge). Verhaltens- und Kulturmuster sind langfristig formiert worden und reichen in wichtigen Elementen über die Epoche des Staatssozialismus hinaus. Dennoch bilden das (a)politische Herrschaftssystem der DDR, aber ebenso wichtig die Geschichte der postsozialistischen Transformation und deutsch-deutschen Vereinigung (mit ihren Enttäuschungsspiralen und anhaltenden Ungleichheiten) die entscheidenden Ursachenkomplexe für die spezifisch ostdeutsche Krise der liberal-demokratischen Institutionen der und in der aktuellen Gesellschaftstransformation. Sachsen zeigt hier – zusammen mit Thüringen und Teilen Sachsen-Anhalts und Brandenburgs – eine in Teilen noch einmal verschärfte Lage auf (die auf die langzeitige Geschichte wie auf dethematisierende und verharmlosende Landespolitiken nach 1990 verweist).

These 5: Die sich heute vollziehende Gesellschaftstransformation, für die offen ist und: absehbar bleiben wird, ob sie erfolgreich realisiert werden kann, lässt – eben weil sie eine derartige große und langfristige Transformation darstellt – keine einfachen Antworten und politisch-institutionellen Lösungen zu. Es ist auch nicht verbürgt, dass sich in dem Prozess umfassend demokratische Transformationspolitiken durchsetzen werden (siehe These 1). Die Legitimität und Funktionalität demokratischer politischer Systeme in Transformationsgesellschaften setzt aber mindestens dreierlei voraus. Es braucht:

- (a) eine langfristig orientierte, die Komplexitäten (auch wissenschaftlich) verarbeitende und verlässliche (sich selbst bindende) *Transformationspolitik der Regierung(en)*, welche die soziale Differenzierung, kulturelle Pluralität und politische Konflikthaftigkeit anerkennt,
- (b) einen funktionierenden und starken (also materiell und symbolisch hinreichend ausgestatteten und über das Gewaltmonopol effektiv verfügenden) *Staat* als wesentliche Steuerungs- und Integrationsinstanz sowie
- (c) eine plurale und aktive demokratische *Zivilgesellschaft*, die sowohl Staat und Regierende kontrolliert als auch in Subkulturen und kleineren Milieus die innovativen Lösungen für die Transformations- und Integrationsprobleme erzeugt, die dann (auch im Wettbewerb und durchaus konfliktuös) in der Gesamtgesellschaft kommuniziert, verbreitet und (staatlich unterstützt) durchgesetzt werden. Dabei bedarf es der *milieuüberschreitenden Kommunikation* und Arbeit an gemeinsamen lokalen Problemen und Projekten. Exklusion – politische wie soziale – ist nur in Ausnahmefällen (etwa bei Gewalteinsetz) zulässig und demokratisch sinnvoll.

These 6: In Sachsen bestehen für eine demokratische und solidarische Politik und eine demokratische Transformationsgestaltung (jenseits autoritärer, populistischer oder extremistischer Modelle und Praktiken) trotz der problematischen Geschichte und gegenwärtigen Lage durchaus positive

Voraussetzungen und Anknüpfungspunkte.

Obgleich der Anteil konsolidiert extremistisch und populistisch eingestellter Menschen in Sachsen (dabei in bestimmten [semi-]peripheren Regionen noch einmal besonders) hoch ist, deutliche politische Polarisierungsprozesse bestehen und wechselseitige Exklusionstendenzen zwischen den politisch-kulturellen Lagern und Milieus zu beobachten sind, finden sich doch nicht nur (weitgehend) funktionierende staatliche Einrichtungen, sondern auch in den ländlichen Regionen zivilgesellschaftliche Potentiale, die vielfach integrierender, aktivierender und kreativer sind, als oft unterstellt. Diese verstehen sich zwar in den peripheren Räumen im Regelfall nicht als direkte Antwort auf extremistische und populistische Akteure und Ideologien. Ihre alltäglichen Initiativen und Praktiken repräsentieren aber nicht nur eine der wesentlichen Routinen der (konfliktreichen) Demokratie und sozialer Integration vor Ort, sondern auch eine entscheidende Ressource zur ‚Erdung‘ und Korrektur populistischer Ideologien und deren Heilsversprechen. Gerade angesichts der erkennbaren Schwächen klassischer politischer Parteien und deren Milieus sind es die Strukturen und Akteure des bürgerschaftlichen Engagements, die eine demokratische politische Kultur tragen und weiterentwickeln (können). Zugleich sind diese Engagementakteure – namentlich in Ostdeutschland (darunter Sachsen) – auf staatlichen Schutz, Unterstützung und Anerkennung angewiesen.